

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 41. Ratssitzung vom 13. März 2019

1000. 2018/330

Interpellation von Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 05.09.2018:

Lehrmittel und unterrichtsergänzende Angebote der Stadt an den Volks-, Berufs- und Kantonsschulen sowie Instrumente zur Sicherstellung der politischen und konfessionellen Neutralität

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 117 vom 27. Februar 2019).

***Yasmine Bourgeois (FDP) nimmt Stellung:** Ich zitiere Ihnen aus einem Beschrieb eines vom Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) offiziell empfohlenen Lehrmaterial: «Kein Bauer kann seine Pflanzen von den trojanischen Saaten schützen und der Wind weht rücksichtslos über die Landesgrenzen hinweg. In Amerika gibt es bereits kein unkontaminiertes Soja- und Maissaatgut mehr. Der saatgutproduzierende, milliarden-schwere Konzern Monsanto versucht jeden, der sich seinem Ziel – Patente auf jegliche Anbaupflanzen der Welt zu erringen – entgegenstellt, mental und finanziell fertig zu machen. (...) Aber so lange es Menschen wie Percy Schmeiser gibt, der sich mit seiner Familie heldenhaft dem Riesen entgegenstellt, gibt es noch Hoffnung. Marie-Monique Robins Dokumentation ‚Mit Gift und Genen‘ ist die ideale Ergänzung und ebenfalls sehr empfehlenswert». Materialien von Gentechbefürwortern oder Gegendarstellungen gibt es nicht. Ich bin zunächst beruhigt, dass der Stadtrat in seiner Interpellationsantwort betont, dass ihm die politische und konfessionelle Neutralität wichtig ist. Die anschliessenden Antworten des Stadtrats sind aber mehr als naiv. Er versteckt sich hinter Paragraphen und erklärt, es sei in Verfassung und Gesetz verankert, dass die Schule politisch neutral sein müsse. Das bedeutet aber nicht, dass man auf Kontrollen verzichten kann. Lehrmittel sind in erster Linie eine kantonale und in der Praxis eine interkantonale Angelegenheit. Die Stadt Zürich ergänzt die offiziellen Lehrmittel aber um viel eigenes Material oder vermittelt an verschiedensten Orten Material und Unterrichtseinheiten von schul-externen Akteuren. Ein Konzept, wo dies geschieht, ist aber nicht wirklich erkennbar. Rund 95 Prozent der in der Antwort erwähnten Materialien und Unterrichtseinheiten beschränken sich auf Umweltschutz und umweltfreundliche Mobilität und andere Themen mit linker Schlagseite. Offensichtlich betrachtet die Stadt das bestehende Angebot nur in ganz ausgewählten und bekanntlich politisch aufgeladenen Bereichen als ungenügend und ergänzungswürdig. Alleine das ist eine politische Aussage. Unauffällige Beeinflussung geschieht nicht nur durch die einseitige Darstellung der Lerninhalte, sondern auch durch die eigentliche Themenwahl. Der Stadtrat weigert sich, das eigene Angebot politisch einzuordnen, obwohl das kinderleicht wäre. Natürlich muss nicht jedes eingesetzte Unterrichtsmaterial politisch ausgewogen sein – die Summe der Angebote sollte es aber dennoch sein. Trotz der offensichtlichen thematischen Einseitigkeit der vermittelten Materialien ist der Stadtrat nicht gewillt, seine Angebote auf eine politische Schlagseite hin zu überprüfen. Das ist auch nicht nötig, da das Angebot von NGOs oder Organisationen*

aus dem bürgerlichen Bereich gänzlich fehlen. Fakt ist, dass bei den einseitigen Angeboten Gegendarstellungen normalerweise fehlen. Es drängt sich die Frage auf, ob die einseitigen Materialien wenigstens von der Lehrerschaft politisch neutralisiert und um die andere Sichtweise ergänzt werden. Solange innerhalb der einzelnen Unterrichtseinheiten keine ausgewogene Darstellung vorhanden ist, wird es auch keine ausgewogenen Lektionen geben. Es ist naiv, wenn Stadtrat und Regierungsrat darauf vertrauen, dass Lehrpersonen bei einseitigen Unterrichtsmaterialien selbst eine ausgewogene Darstellung des Sachverhalts garantieren. Lehrpersonen sind keine politischen Eunuchen und wer eine fertige Lektion bekommt, wird diese kaum noch verändern. Das Material wird auch nicht so angepriesen, als wenn noch Ergänzungen nötig wären. Der Stadtrat meint: «Konkret bedeutet dies, dass zum Beispiel bei der Behandlung von Arbeitskonflikten im Unterricht sowohl die Sichtweise der Gewerkschaften als auch die Sichtweise der Arbeitgeberseite dargelegt werden». Das findet so aber einfach nicht statt. Es entspricht schlicht nicht der Lebensrealität, dass das Rektorat und die Schulpflege die politische Neutralität des Unterrichts und als unterrichtsexterne Akteure feststellen können. Unterrichtsbesuche finden lediglich ein bis zweimal pro Schuljahr statt – so kann eine Prüfung der Ausgewogenheit realistisch gar nicht stattfinden. Externe Besuche erscheinen zudem nicht genau dann, wenn ein Schulbesuch ansteht. Als ehemalige Schulpflegerin kann ich auch sagen, dass Schulpfleger nicht für diese Aufgabe qualifiziert sind. Bei den angebotenen Materialien gibt es viele Überschneidungen und die Nachfrage nach einzelnen Angeboten ist manchmal äusserst gering oder fast nicht vorhanden. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist in Anbetracht der Downloadzahlen schlecht. Das spricht nicht dafür, dass die bestehenden Lehrmittel grosse Lücken aufweisen. Da kleinere Gemeinden gänzlich auf solche Angebote verzichten, ohne dass die Bildungsqualität darunter leidet, könnte das ganze städtische Angebot ersatzlos gestrichen werden. Es gibt heute genügend Materialien im Internet und in den offiziellen Lehrmitteln genügend Quellen für Materialien auch im Bereich Ökologie. Die Absicht, Kinder zu beeinflussen, wird schwarz auf weiss dargelegt. In der Interpellationsantwort ist unter drittens das Lehrmittel «clevermobil» erwähnt. Dieses wird folgendermassen eingeleitet: «Es ist schwierig, die diesbezüglichen Einstellungen und Verhalten der Erwachsenen zu ändern. Kinder sind in ihren Einstellungen und in ihrem Mobilitätsverhalten viel weniger gefestigt. Sie sind offen für neue Vorschläge und häufig gerne bereit, sich für die Umwelt einzusetzen. Deshalb macht es Sinn, bereits auf der Mittelstufe die Mobilität in den Schulunterricht zu integrieren». Das ist schlicht eine euphemistische Darstellung des Umstands, dass man Kinder beeinflussen will. Dieses Vorgehen ist politisch vor allem aus autoritären und totalitären Systemen bekannt. Solche Sachen gehören nicht in die Schule und sind Sache des Elternhauses. Die FDP bittet deshalb den Stadtrat, die jetzt von der Stadt aufgeschalteten Lehrmittel und Unterrichtseinheiten nochmals zu überprüfen und allenfalls zu löschen oder so zu ergänzen, dass das Angebot erstens von der Themenwahl ausgewogen ist und zweitens inhaltlich so aufbereitet ist, dass die Lehrpersonen nicht mit zusätzlichem Aufwand für Ausgewogenheit sorgen müssen. Im einleitenden Beispiel von Monsanto könnte man beispielsweise eine Gegendarstellung drucken. Die FDP erwartet nicht, dass die Inhalte plötzlich in die umgekehrte Richtung kippen. Interessensverbände und auch Parteien haben ein natürliches Interesse, ihre Botschaften zu verbreiten. Es liegt am Schulsystem, sich solchen Einflüssen zu entziehen.

3 / 3

Das Geschäft ist erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat